

Soziale und wirtschaftliche Kohäsion in der „vielheitlichen Stadt“



Dr. Peter Kurz

Der Verbandstag 2013 des vhw steht unter dem Motto „Vielfalt leben – Welche (Stadtentwicklungs-)Politik brauchen wir?“. Vor dem Hintergrund dieser Thematik beruft sich der Verband auf die Leipzig Charta aus dem Jahre 2007, welche im Diskurs über die Zukunft unserer Städte – wie ich finde zu Recht – nach wie vor das Referenzdokument darstellt.

Die Unterzeichner dieser Charta sahen und sehen in dem Modell der europäischen Stadt die Plattform für die Transformation eines zentralen Anliegens europäischer Politik: die soziale und wirtschaftliche Kohäsion. Im Zentrum steht die integrierte Stadtentwicklung als Instrument für die Umsetzung eines Leitbildes, das beiden städtischen Realitäten – der Stadt als wirtschaftlichem Wachstumsmotor sowie als Kristallisationspunkt sozialer Disparitäten – gerecht werden soll.

Eine bipolare Ausrichtung der Stadtentwicklungspolitik, die einerseits wirtschaftliches Wachstum fördert, andererseits soziale Spannungen abzufedern versucht, erhält mit dem in der Charta ausformulierten Leitbild eines gesamtstädtisch eingebetteten integrierten Entwicklungsansatzes die Chance, scheinbar konträre Politikansätze zu verknüpfen. Hierbei wird darauf hingewiesen, dass die Städte ihre Funktion als wirtschaftliche Wachstumspole nur dann nachhaltig erfüllen können, wenn gleichzeitig im Sinne der Politik der sozialen Kohäsion eine soziale Balance in (und zwischen) den Städten erreicht wird. Dies unterstützt insbesondere die zweite Kernforderung der Charta nach einer besonderen Berücksichtigung der benachteiligten Stadtquartiere im gesamtstädtischen Kontext. In diesem Zusammenhang wird neben der quantitativen Steigerung von Beteiligungsmöglichkeiten an den Prozessen der Stadtentwicklung vermehrt auch mehr „Teilhabegerechtigkeit“ eingefordert. Dies bedeutet eine stärkere Einbindung einkommensschwacher und bildungsferner Bürger in das politische Geschehen bei gleichzeitigem Entgegenwirken von sozialer Selektion in der politischen Partizipation.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass lokale Kohäsionspolitik darauf abzielen muss, den Bürgern ein Vertrauen in die öffentlichen Institutionen zu vermitteln und ihnen eine Chance aufzuzeigen, in der lokalen Gesellschaft ihren Platz zu finden. Hier setzt die Arbeit im Städtenetzwerk des vhw an, die Bernd Hallenberg und Peter Rohland in ihrem Beitrag ab Seite

231 skizzieren. Sie weisen u.a. darauf hin, dass Studien der Bertelsmann Stiftung als Ausgangspunkt für eine verbesserte Erfassung der aktuellen Situation und ihrer Entwicklung dienen und dabei helfen, entsprechende Zugangs-Schwerpunkte für eine besonders erfolgversprechende Kohäsionspolitik zu identifizieren. Kai Unzicker umreißt dies im internationalen Kontext anhand der Studie „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt – messen was verbindet“ ab Seite 235.

Wenn nun ab der folgenden Seite Mark Terkessidis „Kollaboration statt Integration in der interkulturellen Stadt“ fordert, wird rasch deutlich, dass beim Thema „Vielfalt“ um mehr als nur um Begrifflichkeiten gerungen wird. Es geht vielmehr um Strategien für die „vielheitliche Stadt“, die Unterschiede und Gegensätze nicht lediglich erträgt, sondern als elementare Ressourcen für das Entstehen von Stadtgesellschaft begreift. Trotzdem kommen wir auch an einer Begriffsklärung von Integration nicht vorbei. Dies übernimmt Kurt Möller in seinem Beitrag über Formen und Sphären gesellschaftlicher Einbindung ab Seite 241, der u.a. auch die Potenziale von Desintegration in den Fokus nimmt.

Wer den vhw kennt, weiß, dass der Verband in Fortführung seiner bisherigen Arbeit das heutige Verständnis von „sozialer Kohäsion“ bei den Bürgern differenziert ermitteln will, wobei die Einbeziehung der Lebensstilforschung wieder eine wichtige Rolle spielt. Über sie können (Milieu)spezifische Potenziale und Zugänge erschlossen und zielgerichtet in den Prozess einbezogen werden. Parallel dazu sollen die Anforderungen an lokale Kommunikationslandschaften zur Förderung der Beteiligungsbereitschaft und Teilhabegerechtigkeit zielorientiert erschlossen werden.

Das Wiedergewinnen von Vertrauen und eine breite Koproduktion von Gemeinwohl sind die zentralen Herausforderungen für die Akteure der Stadtgesellschaft. Diversität und der Umgang mit ihr sind als Potenzial in Deutschland bei weitem nicht ausgeschöpft. Das vorliegende Heft will dazu Anregungen und Diskussionsstoff gleichermaßen bieten. Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen

Dr. Peter Kurz

Oberbürgermeister der Stadt Mannheim
und Verbandsratsvorsitzender des vhw